

Die Kürzung der Kartoffelquote.

Von fachlicher Seite.

In der morgen beginnenden Woche wird in Wien nur ein Kilogramm Kartoffeln für den Kopf zur Ausgabe gelangen. Diese Insolvenzerklärung der Kartoffelstelle des Bezirkswirtschaftsamtes der Reichshauptstadt ist eine harte Maßregel, die wenig von ihrer Schärfe dadurch verliert, daß gleichzeitig versichert wird, die Kürzung der Quote um ein Drittel sei nur eine vorübergehende Maßnahme und es sei alles in die Wege geleitet, um der Bevölkerung ehestens wieder die bisher verabreichte Kartoffelmenge zugänglich zu machen. Der Glaube an derartige Verheißungen ist in der letzten Zeit zu oft und auf eine zu schwere Probe gestellt worden, der nicht eingelösten Wechsel kursieren bereits zu viele, als daß nicht auch diesmal berechtigte Zweifel laut werden müßten.

Zwei Monate des laufenden Jahres sind erst verstrichen. Was wurde aber in dieser kurzen Spanne Zeit der Bevölkerung nicht schon zu den früher bestandenen drückenden Lasten der Hinterlandswirtschaft neu aufgebürdet? Kürzung der Mehlaquote auf die Hälfte, völliges Verschwinden des Fleisches von den öffentlichen Märkten bei gleichzeitiger rapider Steigerung der Preise für Wurstwaren, Störungen in der Brotversorgung, in solchen Zeiten muß die Kürzung eines Lebensmittels, das neben dem Brot die einzig wirklich hungerstillende Speise bedeutet, doppelt schwer empfunden werden. Vergebens sucht man nach der Erklärung, warum das so kommen mußte, denn es ist noch nicht so lange her, seit uns von der berufensten Stelle versichert wurde, die Kartoffelernte des Vorjahres mit ihrem Ertrag von nahezu sieben Millionen Meterzentner werde ausreichen, um die unentbehrlichen Bedürfnisse der Bevölkerung bis zur Einbringung der Frühgemüse sicherzustellen. Bis dahin ist noch ein gutes Stück Weges und die im September aufgestellte Rechnung muß ganz grundlegende Fehler aufweisen, wenn sich schon zu Beginn des März zeigt, daß einschneidende Streckungsmaßregeln notwendig sind, um der Bevölkerung überhaupt noch für eine gewisse Zeit die Kartoffelnahrung geben zu können. Um bei dem gewählten Bilde zu bleiben: Der Schuldner muß rechtzeitig für die Deckung seiner Akzente Vorsorge treffen, damit seine Unterschrift nicht nöteidend werde. Vor mehr als fünf Wochen hat der Wiener Magistrat den 9. März als den Zeitpunkt angeben müssen, an welchem die städtischen Vorräte an Kartoffeln erschöpft sein werden. Was ist in diesen fünf Wochen vorgekehrt worden? Könnte überhaupt etwas vorgekehrt werden? Ist es wirklich das Fehlen der Ware oder war sie in genügendem Maße vorhanden und wurde nicht rechtzeitig sichergestellt? Oder war auch letzteres der Fall und besteht nur die Unmöglichkeit, sie rechtzeitig an den Verbrauchsort zu bringen?

Die Festsetzung der amtlichen Höchstpreise für Kartoffeln im Wirtschaftsjahre 1916/17 und der damalige Aufbringungsplan hatten sich nicht bewährt und es war deshalb für den heurigen Winter nach neuen Wegen gesucht worden, um sowohl den Anlieferungsseifer der Produzenten zu heben, wie auch alles zu vermeiden, was im Vorjahre zum Schaden der Allgemeinheit durch Erfrieren und Verderben zwecklos zugrundegegangen war. Die Preise waren erhöht und gleichzeitig eine Zerteilung vorgenommen worden für Kartoffeln, die vor Eintritt der Frostperiode zur Ablieferung kommen und für Ware, die vom häuerlichen Erzeuger auf eigene Gefahr über den Winter eingemietet wird. Damit sollte erreicht werden, daß der Produzent entweder möglichst viel im Spätherbst zur Ablieferung bringt oder aber für die sachgerechte Aufbewahrung gegen entsprechende Entschädigung für Schwund- und Verzugszinsen dafür sorgt, daß von der kostbaren Frucht möglichst wenig verloren geht, wenn nach Eintritt der Schneeschmelze die Mieten geöffnet und die Kartoffeln mit der Eisenbahn verfrachtet werden sollen. Aber auch sonst wurden andere Wege betreten. Nicht gleich und zielbewußt vom Anfang an, sondern schwankend und unter dem Drucke der Öffentlichkeit. Man erinnert sich an die peinlichen Szenen, von denen der Rucksackverkehr begleitet war, als Gendarmerie, Polizei- und Finanzwachorgane die Reisenden visitierten, die es versuchten, das, was ihnen der Wiener

Markt nicht bot, auf dem eigenen Rücken vom flachen Lande in die Stadt zu bringen. Nach langem Zögern entschloß man sich endlich, auch in der Kartoffelversorgung das bis dahin starre System der staatlichen Bewirtschaftung teilweise zu durchbrechen und vorübergehend dem freien Handel einen gewissen Spielraum zu lassen, indem es im Oktober gestattet wurde, Kartoffeln freihändig anzukaufen und nach Wien zu bringen. Leider haben die damaligen Transportverhältnisse, es handelte sich um die Zeit der Offensive gegen Italien, diese Selbstversorgung der städtischen Konsumzentren sehr erschwert. Mancher, der über die nötigen Lagerräume und auch über die nötigen Geldmittel verfügt hätte, um im Winter mit seinen Kartoffelanprüchen nicht der Gemeinde zur Last zu fallen, vermochte die bereits getätigten Abschlüsse nicht wirklich durchzuführen und mußte sich die Kartoffel-

karte bewerbten. Ein Fehler war es auch, den sechsten Teil des Wiener Bedarfes auf Lieferungsverträge aus Galizien zu basieren. Je länger die Transportstrecke ist, desto wahrscheinlicher werden in den gegenwärtigen Zeitläuften Störungen, desto schwieriger wird es, die Erfüllung der eingegangenen Verträge durchzusetzen. Niederösterreich allein reicht allerdings nicht aus, um aus seiner Ernte sich selbst und auch nach Wien zu versorgen. Dies müßte in erster Linie aus Böhmen und Mähren her geschehen.

Damit kommt das Problem aber auf jenen Punkt, der auch bei der Versorgung mit anderen Lebensmitteln eine so große Rolle gespielt hat. Soweit amtliche Berichte vorliegen, war die Kartoffelernte in diesen beiden Kronländern nicht ungünstig. Aber nicht nur daß die Aufbringung von Lebensmitteln in gewissen Teilen von Böhmen und Mähren auf Widerstand gestoßen, die leidliche Absperrungspolitik der Kronländer hat sich auch hier wieder gezeigt. So konnte Wien vor Frosteintritt nicht jene Mengen in das Weichbild der Stadt bringen, die bis in den März hinein die ohnedies karge Quote von anderthalb Kilogramm sichergestellt hätten. Sie kann wirklich als karg bezeichnet werden, wenn man berücksichtigt, daß der Berliner nahezu das Doppelte an Kartoffeln bezieht. Dann kam der Frost, wohl später als kalendarisch vorhersehbar, aber immer noch zu früh für die Versorgung Wiens. Drei Monate haben die Zuschübe an Kartoffeln geruht. Am 24. Januar meldete der Magistrat dem Volksnährungsamt, am 9. März würden die Vorräte der Gemeinde Wien erschöpft sein. Das gleichzeitig gestellte Ansuchen um Beschleunigung neuer Kartoffellieferungen, das seither einmalig wiederholt und auch bei der Statthalterei und bei der Kriegsgetreideverkehrsanstalt vorgebracht worden, hat keine Aenderung der Situation herbeigeführt. Aus Böhmen und Mähren scheint nichts mehr zu haben zu sein, wenigstens nicht mit den Exekutivmitteln, die dem Ernährungsamte zur Verfügung stehen. In Galizien dagegen hat im Gegensatz zu Niederösterreich noch in der vorigen Woche Frostwetter geherrscht, das den Kartoffeltransport unmöglich gemacht hat.

So bleibt der Bevölkerung Wiens zunächst nur die Hoffnung, daß die meteorologischen Verhältnisse in den nördlichen Kronländern möglichst bald die Zufuhr von Kartoffeln aus diesen Gebieten möglich machen. Und sie klammert sich weiter an die Zusage aus dem Rathause, daß alles vorgekehrt werden soll, um den Ausfall durch andere Nahrungsmittel zu ersetzen. Wenn diese Faktoren nicht versagen, dann wird es vielleicht nicht allzulange währen, bis die kommunalen Vorräte wieder etwas aufgefüllt sind, um zu der bisher in Geltung gestandenen Quote zurückkehren zu können. Der neue Präsident des Ernährungsamtes wird aber unter allen Umständen aus diesem Vorkommnis gewichtige Lehren zu ziehen haben für den Aufbringungs- und Verteilungsplan mit Kartoffeln im nächsten Winter. Wie das Beispiel der Stadt Wien zeigt, hat auch der heuer eingeschlagene Weg nicht zu dem gewünschten Resultat geführt. Vielleicht wird man im Herbst 1918 rechtzeitig und schrankenlos dem freien Handel wieder jene Rechte gewähren, die ihm in der Versorgung der Öffentlichkeit gebühren. Es mehrten sich in jüngster Zeit die Stimmen, die es als einen schweren Mißgriff bezeichnen, daß man der zentralen Bewirtschaftung, der Allmacht des Staates und seiner Organe zu viel zugetraut und jene Elemente ausgeschaltet hat, die in ständiger Fühlung mit der produzierenden Bevölkerung mehr Ware aufzubringen vermögen als die amtlich legitimierte Einkäufer und die sich auch besser auf Beförderungs- und Lagerungsverhältnisse verstehen als der bürokratische Apparat. Gerade die Kartoffel ist durch ihre Eigenart für den Versuch einer Rückbildung der gegenwärtigen Lebensmittelversorgung auf dem Wege zum freien Handel am besten geeignet.